

Wie arbeitet die ADG?

Die ADG arbeitet mit betroffenen Bürgern für betroffene Bürger. Die aktiven Mitglieder bilden eigenverantwortliche Projektgruppen, in denen die angesprochenen Themen bearbeitet werden. Jeder kann sich hier einbringen. Zur Durchsetzung ihrer Ziele setzt die ADG ausschließlich legitime, demokratische Mittel ein:

- Leserbriefe,
- Publikationen,
- Sachdokumentationen,
- Veranstaltungen,
- Fernsehdiskussionen,
- Unterschriftenaktionen,
- Demonstrationen,
- Bürgerbegehren.

Die ADG wehrt sich zusammen mit gleichgesinnten Bürgern mit den Mitteln der Demokratie gegen die politische Misswirtschaft und die immer stärkere soziale Ungerechtigkeit des Staates.

Die ADG wird nicht locker lassen; Tabus kennen wir nicht.

Wollen Sie sich auch engagieren? Teilen Sie unsere Ansichten? Wir freuen uns über jede Reaktion von Ihnen!

Wollen Sie mit uns diskutieren oder uns einfach Ihre Meinung sagen?

Wollen Sie weitere Informationen oder einmal in eines unserer Projektteams hineinschnuppern?

Wollen Sie aktiv, konstruktiv und engagiert bei uns mitarbeiten?

Wollen Sie Mitglied werden?

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf!

Herausgeber:

Aktion Demokratische
Gemeinschaft e.V.

Starenweg 4

82223 Eichenau

Tel. +89/ 46 20 13 63 (AB)

Wir rufen zurück!

Fax +89/ 46 20 13 20

Homepage. <http://www.adg-ev.de>

E-Mail: Info@adg-ev.de

Welche Ziele hat die ADG ?

Die Zielsetzung des Vereins ist die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens. Daraus leitet sich als spezifischer Vereinszweck die Förderung von politischer Bildung ab. Der Verein verfolgt keine politischen Zwecke im Sinne der einseitigen Beeinflussung der politischen Meinungsbildung oder der Förderung von politischen Parteien.

Aus dem Satzungszweck resultieren folgende Aufgaben zu seiner Verwirklichung:

- Erläuterung von komplexen politischen und sozialpolitischen Zusammenhängen, speziell des demokratischen Prinzips des Grundgesetzes, des Mehrparteiensystems und des parlamentarischen Regierungssystems,
- Förderung der Bereitschaft zu aktiver politischer Beteiligung, insbesondere hinsichtlich des Eintretens für die Grundrechte, Rechtsgleichheit und das Mehrheitsprinzip,
- Stärkung der Kritikfähigkeit und Handlungsbereitschaft der Bürger, speziell durch die Förderung des Pluralismus und der Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen,
- Dialog und Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Organisationen,
- Bereitstellung und Verbreitung von objektiven Informationen, einschließlich ihrer Quellen, durch öffentliche Bildungsveranstaltungen und schriftliche Information an Mitglieder und Öffentlichkeit.

Diese Schwerpunktthemen werden aus aktuellem Anlass in der ADG diskutiert, aufbereitet und in Aktionen umgesetzt.

Unterstützen Sie uns, machen Sie mit.

ADG Aktion Demokratische
Gemeinschaft e.V.



Aktion Demokratische
Gemeinschaft e.V.

Die Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. ist ein Zusammenschluss von engagierten Bürgern für eine lebenswerte Zukunft in einem schlanken und sozial gerechten Staat.

Was ist die **Aktion Demokratische Gemeinschaft?**

Die ADG ist ein Zusammenschluss von Bürgern, die sich angesichts der zunehmenden Staatsprobleme und Politikverdrossenheit engagieren.

Durch sachliche Information und Aufklärung weist die ADG auf Problemursachen hin, entwickelt Lösungen und versucht, diese in Zusammenarbeit mit gesellschaftlich relevanten Gruppen durchzusetzen.

Die ADG ist ein parteipolitisch und konfessionell unabhängiger eingetragener, gemeinnütziger Verein, der seinen Beitrag zur Sicherung des sozialen Friedens, des Standortes Deutschland und seiner Zukunft leisten will.

Der Staat befindet sich in politisch selbst verursachten Schwierigkeiten: hohe Arbeitslosigkeit, viele Sozialhilfeempfänger, Rekord-Staatsverschuldung, usw. Die Beiträge zur Sozialversicherung sind auf sehr hohem Niveau und werden in großem Umfang für sogenannte versicherungsfremde Leistungen und Transferleistungen (wiedervereinigungsbedingte Leistungen) missbraucht. Das sind jedoch Aufgaben aller Bürger.

Die ADG will die Fehler der Politik nicht länger hinnehmen. Wir wollen uns als Bürger mit den Mitteln der Demokratie wehren. Erstarrung und Mutlosigkeit setzt die ADG Zuversicht, Engagement und Mut entgegen.

Rechtsstaat

Zu den anerkannten Grundsätzen eines Rechtsstaats gehört die Gewaltenteilung. Die politischen Parteien schlagen die Personen zur Wahl vor, die in der Legislative bestimmen sollen. Das ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland so vorgesehen.

Die Spitzen der politischen Parteien legen aber zusätzlich fest, wer in der Exekutive und in der Judikative in letzter Instanz zu entscheiden hat. Das ist im Grundgesetz so nicht vorgesehen und für einen Rechtsstaat äußerst bedenklich. Das sollte geändert werden.

Dem Staat fehlt es nicht an Geld, die vorhandenen Mittel werden von den politisch Verantwortlichen nur falsch eingesetzt. Unausgeschöpfte Handlungsspielräume für besseren Mitteleinsatz zeigen folgende Beispiele:

Verwaltungskosten

Gut 150 Mrd. € Personalkosten zahlen Bund und Länder jährlich für etwa 5 Mio. Beschäftigte.

• **Wir fordern eine umfassende Verwaltungsreform.**

Sie könnte nach den Vorschlägen von anerkannten Unternehmensberatungsgesellschaften mindestens 25 Mrd. € jährlich einsparen.

Verschwendung

Jedes Jahr weisen die Rechnungshöfe und der Bund der Steuerzahler dem Staat die Verschwendung von ca. 30 Mrd. € nach. Das entspricht knapp einem Viertel der Einnahmen aus Lohn- und Einkommenssteuer. Staat und Verwaltungen entwickeln keine Gegenmaßnahmen.

• **Wir fordern, dass Verschwendung im Amt unter Strafe gestellt wird.**

Subventionen

Über 150 Mrd. € geben Bund, Länder und Gemeinden jährlich an Subventionen aus. Das entspricht jeder dritten Steuermark. Die Subventionen fließen schon seit Jahrzehnten in Branchen wie Landwirtschaft und Kohlebergbau, die keine Beiträge zu neuen Arbeitsplätzen liefern.

Sozialversicherung

• **Wir fordern die Umlenkung von Subventionen in Fördermittel für arbeitsplatzschaffende Zukunftsindustrien und Unternehmensgründungen.**

Der krasseste Fall von Geldmissbrauch durch die Politik liegt bei der Sozialversicherung vor: Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung sind mit Leistungen belastet, die nicht durch entsprechende Beiträge gedeckt sind. Diese sogenannten versicherungsfremden Leistungen beliefen sich allein bei der Rentenversicherung im Jahr 2003 auf ca. 79,8 Mrd. €, denen nur rund 66,4 Mrd. € an Zahlungen des Bundes („Bundeszuschüsse“) gegenüberstehen.

Die Politik setzte also ca. 13,4 Mrd. € Beitragsmittel für ganz andere Zwecke ein. Nach Aussage vieler Experten wären die Renten sicher und müssten trotz hoher Arbeitslosenzahlen nicht gekürzt werden, würden diese Mittel aus Steuern aufgebracht.

Wir fordern,

- **eine solidarische Bürgerversicherung, unter Einbeziehung aller Bürger und aller Einkommen, für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Das heißt einschließlich Politikern, Beamten und Selbständigen, und damit Ende des bestehenden Mehr-Klassen-Systems,**
- **gleiche Rechtssicherheit, wie sie im privaten Vertragsrecht selbstverständlich ist, das heißt u. a. auch ein Rückwirkungsverbot gesetzlicher Maßnahmen und Ende des Beitragsmissbrauchs,**
- **Transparenz auf der Ausgabenseite und vollständige Erstattung der versicherungsfremden Leistungen und Transferleistungen aus Steuermitteln.**